

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zu den Verhandlungen über die beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung (MBFR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

nimmt zur Kenntnis, daß gewisse Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses und des Warschauer Pakts seit 1973 in Wien Verhandlungen über die beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa führen;

erinnert daran, daß 1977 in Belgrad Sachverstndigentagungen und im Anschluß daran eine Tagung der von den Außenministern der Teilnehmerstaaten ernannten Vertreter zur Prüfung der Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz von Helsinki stattfinden sollen;

unter Bezugnahme darauf, daß die in dem „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrstung“, das Bestandteil der Schlußakte von Helsinki ist, aufgeführten politischen und militärischen Aspekte der Sicherheit sich gegenseitig ergänzen;

stellt fest, daß bisher wenig Fortschritte gemacht wurden, die es gestatten würden, eine Grundlage für eine Einigung auf der Wiener Konferenz in Betracht zu ziehen;

ist der Auffassung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, zu positiven konkreten Ergebnissen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des Gleichgewichts zu gelangen;

in Kenntnis des Berichts des Politischen Ausschusses (Dok. 91/77) —

1. ist der Ansicht, daß eine Verringerung der Streitkräfte und der Rstung in Mitteleuropa

- a) nicht durch Maßnahmen erfolgen darf, die die Sicherheit einer der Verhandlungsparteien beeinträchtigen können;

- b) der Sicherheit anderer Länder in Europa nicht abträglich sein darf;
 - c) weder ein Hindernis für die Organisation der Verteidigung von Mitteleuropa noch für das System der integrierten Verteidigung des Atlantischen Bündnisses darstellen darf;
2. ist der Ansicht, daß die Verhandlungen über die Verringerung der Streitkräfte und der Rüstung in Mitteleuropa:
- a) zu einem annähernden Gleichstand der Mannschaftsständen auf beiden Seiten in der betreffenden Zone durch die Aufhebung der zur Zeit bestehenden Disparitäten zwischen den herkömmlichen Bodestreitkräften der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes und denen des Atlantischen Bündnisses und
 - b) zur Festsetzung eines gemeinsamen kollektiven Plafonds der vorhandenen Streitkräfte führen muß;
3. ist der Ansicht, daß die Anwendung der auf beiden Seiten angenommenen Abkommen mit flankierenden Maßnahmen über die Truppenbewegungen einhergehen müßte, um die Stabilität der Lage zu gewährleisten;
4. ist der Ansicht, daß die in Wien ausgehandelten Abkommen später zu einer abgestuften Verringerung des Stands der Streitkräfte und der herkömmlichen und atomaren Waffensysteme in ganz Europa führen müßte;
5. ist der Ansicht, daß jede durch Verhandlungen bewirkte Verringerung einer wirksamen internationalen Verifizierung unterliegen müßte, um die Einhaltung der unterzeichneten Abkommen zu gewährleisten;
6. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.